

## Barack Obama kann vieles, aber zaubern wird er nicht

Wenn Barack Obama am 20. Januar sein Amt als Präsident der USA antreten wird, dürfte die nahezu religiöse Verzückung längst verfliegen sein, die unter seinen Wählern spürbar ist. Sein Vorgänger hinterlässt ihm eine leere Kasse und eine überschuldete Nation, die mit zehn Millionen Arbeitslosen tief in einer Rezession steckt. Experten erwarten, dass nächstes Jahr 8,5 Prozent aller Werktätigen ohne Arbeit sein werden – die heftigste Rezession seit Jahrzehnten. General Motors, Ford und Chrysler fahren nahe am Abgrund und verlieren jeden Monat Milliarden. GM funkte am Freitag einen Notruf nach Washington, im ersten Halbjahr 2009 gehe das Geld aus. Kredit war das Doping der Wirtschaft unter der Bush-Regierung. Die nun folgende Entschuldung wirkt auf die Unternehmen wie der kalte Entzug auf einen Drogenabhängigen. Resultat ist eine scharfe Rezession. Obama hat bereits ein Paket zur Stimulierung der Wirtschaft angekündigt. Die Erfolgchancen für eine antizyklische Politik stehen in den ausserwirtschaftlich wenig abhängigen USA bedeutend besser als in der exportabhängigen Schweiz. Zweitens fordert der Hoffnungsträger sparsamere Autos. Wenn er die richtigen Anreize setzt, kann er gleichzeitig die Autoindustrie stimulieren – und die Ölimporte senken. Doch darf eine solche Politik nicht zur Abschottung der eigenen Autoindustrie dienen, auch wenn daran fünf Millionen Arbeitsplätze hängen. Krude protektionistische Massnahmen sind die schlechteste Lösung für alle. Obamas Berater – unter ihnen die führenden Köpfe der wirtschaftlich erfolgreichen Ära Clinton wie der einstige Finanzminister Lawrence Summers oder Ex-Notenbankchef Paul Volcker – werden darauf pochen. (dah.)

## Wufflis Millionen-Verzicht ist ein starkes Signal

Banken-Boni bringen die Volksseele in Wallung. Gemäss einer neuen Studie der Media-Agentur Young & Rubicam fordern mehr als 80 Prozent aller befragten Konsumenten und Konsumentinnen eine Rückzahlung der Boni durch die Bankenchefs. Sie sind damit nicht allein. Auch der genesene Bundesrat Hans-Rudolf Merz erwartet von Bankmanagern, dass sie nun alle ungerechtfertigt bezogenen Boni freiwillig zurückgeben. Die Betonung liegt auf freiwillig. Denn es wird sehr schwierig sein, auf dem Weg einer Klage Banken-Boni zurückzuerhalten. Der Aufruf von Bundesrat Merz richtet sich vor allem an die UBS-Spitze.

Jetzt setzt Peter Wuffli – er ist als UBS-Konzernchef bereits im Juli 2007 ausgeschieden – ein erstes, starkes Zeichen. Wuffli verzichtet freiwillig auf insgesamt zwölf Millionen Franken, die ihm arbeitsvertraglich zustanden. Er hat sich nicht von der Vox populi drängen lassen, sondern schon im November 2007 von einem Millionenbetrag abgesehen. Wuffli legt in seiner Begründung den Finger auf einen ganz heiklen Bonus-Punkt: «Hohe Zahlungen für ausscheidende Top-Leute in einem Unternehmen in schwerer Schiefelage sind nicht zu rechtfertigen.» Wufflis Millionen-Verzicht markiert eine Wende in der Diskussion. Sie bringt zwar andere in Zugzwang – allen voran die ehemaligen Mitglieder des UBS-Präsidiums: Marcel Ospel, Stephan Haeringer und Marco Suter. Doch sie löst das Problem der zum Teil pervertierten Bonussysteme in den Unternehmen nicht. Nicht nur die UBS muss eine neue Salärpolitik mit Grenzen für den obersten Chef definieren. Dabei ist zwingend, dass die Aktionäre in der Schweiz künftig über Salär-Grundsätze abstimmen können. (FPf.)

## Atommüll, ja bitte!

Kaum hatte die Nagra diese Woche eine Auswahl technisch möglicher Standorte für atomare Endlager präsentiert, da meldeten sich empört die betroffenen Gemeinden und Kantone zu Wort. Das Endlager müsse zwar im Grundsatz gebaut werden, verkündeten sie – aber keinesfalls auf ihrem Gebiet. Klar: Niemand bricht in Jubel aus, wenn bei ihm radioaktiver Abfall gelagert werden soll. Aber regionale Befindlichkeiten dürfen bei dieser Frage keine Rolle spielen. Die Schweiz muss die Entsorgung ihrer nuklearen Abfälle gewährleisten. Wo das geschehen soll, ist einzig und allein eine Frage der Technik, der Geologie. Wer sich dieser Logik aus – nennen wir sie ruhig beim Namen: egoistischen – Motiven verschliesst, der nimmt in Kauf, dass nicht am sichersten Standort gebaut oder mutwillig weiter Zeit verplempert wird. Ein föderalistischer Staat wie die Schweiz ist darauf angewiesen, dass einzelne Landesteile Lasten für die anderen schultern, wenn diese für das Gemeinwohl notwendig sind. Wer jetzt a priori «Atommüll, nein danke!» ruft, der verabschiedet sich aus dieser eidgenössischen Solidargemeinschaft. (pho.)

## Chappatte



Obamas neues Pflichtenheft.

## Der externe Standpunkt

# Mit hochrotem Kopf gegen die Schweiz

Die Kritik von Finanzminister Peer Steinbrück an der Schweizer Steuerpolitik findet nicht die Zustimmung der Deutschen in der Schweiz, schreibt Wilhelm Hansen

Deireiundsechzig Jahre nach Kriegsende hält ein deutscher Finanzminister es für erforderlich, dem südlichen Nachbarland mit der Peitsche zu drohen. Peer Steinbrücks Zorn richtete sich gegen die Schweiz, was er innert einer Woche mit hochrotem Kopf gleich mehrfach deutlich machte. Dem Minister missfällt, dass sich dieses widerspenstige Nachbarland eine eigene Steuerpolitik erlaubt. Bei seiner Kritik will er sich nicht mit diplomatischem Geplänkel aufhalten. Notfalls müsse man die Peitsche gebrauchen, um die Schweizer zur Räson zu bringen, lässt er polternd verlauten.

Seine Wortwahl ruft Erinnerungen an die Kanonenbootpolitik Wilhelms II. wach. Schon der verbalen Entgleisung muss deshalb energisch entgegengetreten werden. Bei dem Hinweis auf die Peitsche handelt sich nicht um eine vernachlässigbare Ungeschicklichkeit, sondern um eine Gewalt-Metapher, die in Europa nicht mehr geduldet werden kann. Peer Steinbrück lebt offensichtlich in der falschen Zeit. Zumindest hat er die Lehren der Vergangenheit nicht verstanden. Der Verzicht auf verbale Gewalt und Hetze ist eine Grundvoraussetzung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und der Völker.

Als Deutscher in der Schweiz lernt man nach Jahrzehnten erstmals wieder die Gefühlslage der Emigranten kennen. Zur Zuneigung gegenüber der Heimat gesellt sich die Angst, dass sich Deutschland wieder einmal durch Gewalthetze und Grössenwahn ins Abseits manövrieren könnte. Schweizer Freunde sprechen ihre deutschen Gäste darauf an, ob der Finanzminister eine Ausnahmeerscheinung darstelle oder ob sich eine allgemeine Tendenz des Umgangs mit den Nachbarländern ankündige. Als Deutscher kommt man unversehens in eine Verteidigungsposition, die man eigentlich gar nicht einnehmen möchte.

Die Peitsche des Finanzministers findet nämlich nicht die Zustimmung der Deutschen in der Schweiz. Vielmehr schämt man sich dieser Formulierungen, die viele Deutsche insgesamt als völlig inakzeptable Hetze

zwischen Freunden verstehen, denn Freunde sind Deutsche und Schweizer.

Jedes Jahr werden Tausende Deutsche in der Schweiz freundlich aufgenommen, die in der grossen Masse keine Steuerflüchtlinge sind. Viele folgen beruflichen Angeboten, verbunden mit der Vorstellung, dass die bilateralen Verträge Freizügigkeit geschaffen haben, die man gerne in Anspruch nimmt. Mit Steuerflucht hat das in der Regel gar nichts zu tun. Es ist völlig inakzeptabel, die wenigen Ausnahmen für das Ganze zu nehmen.

Der Finanzminister schadet auch den Menschen in den Grenzregionen. Dort wohnt man wieder eng beieinander, wie es vor den beiden Weltkriegen selbstverständlich war. Endlich waren die von Deutschland aufgerissenen Gräben zugeschüttet worden, und man lebt gemeinsam dies- und jenseits der durchlässigen Grenzen. Viele Konstanzler finden in Kreuzlingen günstigere Wohnungen und gehen deshalb in die Schweiz, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Mit gutem Gefühl schaut man dabei auf die zwischen Kreuzlingen und Konstanz geschaffene Kunst-Grenze moderner Skulpturen statt des Stacheldrahtes, der einst von deutscher Seite errichtet wurde, um die Flucht aus dem grossdeutschen Reich zu verhindern.

### Wilhelm Hansen



Wilhelm Hansen, 60, ist seit 1998 als Anwalt in Konstanz (D) und seit einigen Jahren in Staad (SG) tätig. Zuvor war er 16 Jahre Erster Bürgermeister von Konstanz (1981 bis 1997) und Kreisvorsitzender der CDU im Landkreis Konstanz. Hansen reagiert auf Peer Steinbrücks Attacke auf die Schweizer Steuerpolitik.

Fast könnte man über diese Gedanken den Anlass des Zorns des Finanzministers vergessen: Es sind die bösen Steuerflüchtlinge und Fluchtgelder, die ihn ärgern und jede diplomatische Form vergessen lassen. Denn an ihm und seiner Regierung kann es nicht liegen, dass zahlreiche Mitbürger ihrem Vaterland den Rücken kehren oder Konten in anderen Ländern unterhalten.

Folglich müssen es die Gastgeber sein, die etwas falsch machen. Diese Bösewichte sind einfach zu grosszügig, sie knebeln ihre Bürger und Zuzüger nicht genug. Würden sie dies in ausreichendem Masse tun, so entfielen der Anreiz, meint Steinbrück. Wer das nicht einsieht, dem droht die Peitsche. Dabei ist die Schweiz ein Opfer, auf dem man hemmungslos herumtrampeln kann, ohne ernsthaft Sanktionen zu befürchten.

Andere Steuerparadiese finden keine Erwähnung, obwohl die Europäische Union eine ausreichende Anzahl an Steuerparadiesen bereithält. Dazu zählen nicht nur die Kanalinseln Jersey und Guernsey, sondern Gibraltar, etwas abgeschwächt auch Österreich und vor allem London. Dies zu erwähnen, verbietet offensichtlich die diplomatische Contenance, wenngleich die englische Gesetzgebung Zuwanderern wesentlich günstigere Steuer-Optionen anbietet als etwa die Schweiz. Russische Oligarchen wissen und nutzen dies ebenso wie zahlreiche andere Menschen mit umfangreichem Vermögen. Diesbezüglich zögert Peer Steinbrück mit der Peitsche, woraus man folgern kann, dass es nicht so sehr um die Sache geht, sondern um die eigene Profilierung. Auf kleineren Nachbarländern kann man ungestraft herumtrampeln. Gut nachbarschaftliche Beziehungen sind dabei offensichtlich irrelevant.

Für die Selbstprofilierungs-Wünsche des Finanzministers kommt es auch nicht darauf an, dass er den Deutschen allgemein und insbesondere den Deutschen in der Schweiz einen schlechten Dienst erweist: Er trägt dazu bei, dass diese anfangen, sich als Emigranten zu fühlen.